

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

der **Tätigkeitsbericht** der zu Ende gehenden Vorstandsperiode liegt Euch in gedruckter Fassung vor. So wird er den Delegierten des Landesparteitages übermittelt. In meinen Ausführungen möchte ich deshalb weniger in die Vergangenheit als in die nächste Zukunft schauen. Für Fragen zu den letzten zwei Jahren stehe ich wie der ganze Vorstand natürlich zur Verfügung.

Heute früh haben wir bereits gehört, welche schwierige Aufgabe uns im kommenden Jahr gestellt ist. **Drei Wahlen** mit heftigem Gegenwind von der Bundesebene. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass dies sich kurzfristig ändern wird. Wenn wir aber ein attraktives Programm verabschieden, überzeugende Kandidaten haben und mit aller Kraft für unsere Überzeugungen und Werte kämpfen, dann bin ich zuversichtlich, dass das scheinbar Unmögliche doch wahr wird. Dann können wir Vertrauen zurück gewinnen. Und das hoffe ich sehr. 60 plus wird wie immer im Wahlkampf überall unsere Kandidaten im Rahmen der OV und UB intensiv unterstützen.

2019 jährt sich die **Wende zum 30. Mal**. Die jetzt 65jährigen oder älteren Seniorinnen und Senioren waren vor der Wende die tragenden Altersgruppen der DDR-Wirtschaft und Gesellschaft. Viele haben danach keinen Neuanfang geschafft. Haben keine ordentlich bezahlte Beschäftigung gefunden. Sie stellen jetzt im Rentenalter fest, was das an Einbußen bedeutet. Nicht von ungefähr kommt jetzt eine Welle der **Identitätssuche und Selbstvergewisserung** auf uns zu: Gundermann und Familie Brasch im Kino, Integriert doch erstmal uns! schreibt Petra Köpping in ihrem Buch. Es gab Fehler beim Einheitsprozess, die vielleicht nicht zu vermeiden waren. Aber jetzt müssen die Ungerechtigkeiten überwunden, Verletzungen geheilt werden. Es **muss sichtbare Zeichen geben**, dass gleiche Augenhöhe und gleiche Chancen für alle gelten, dass nicht westdeutsche Netzwerke für alle Zeit die hochwertigen Arbeitsplätze unter sich ausmachen. Einmal mehr muss der Wendegeneration **Respekt und Dank** gezollt werden. Es sind große Leistungen, die sie vollbracht hat. Viele Westdeutsche können sich noch immer nicht vorstellen, was das bedeutet, über Nacht in einem anderen System

mit Tausenden neuer Regeln konfrontiert zu sein - selbst wenn man das herbei gesehnt hat. Nichts war mehr so wie vor dem 3.

Oktober 1990. Aber wir müssen auch hinter uns aufräumen, um für die Zukunft bereit zu sein. Ohne Nostalgie für das abgelöste System.

Von ursprünglich 4,1 Mio Arbeitsplätzen blieben 1,5 Mio erhalten.

Heute liegt die **Arbeitslosigkeit** in BB unter 5%. Das ist erfreulich, wenn auch die Verteilung der Arbeitsplätze sehr unterschiedlich ist: In der Uckermark (über 10%) und Prignitz gibt es deutlich weniger Arbeitsmöglichkeiten als im Speckgürtel um Berlin herum. Und die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse lässt zu wünschen übrig: Viele sind befristet und nicht tarifgebunden. Manche brauchen mehrere Jobs, um über die Runden zu kommen. Zu Recht machen sich die Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiografien vor allem der Nachwendezeit Sorgen um ihre Altersversorgung. Deshalb ist die **Solidarrente** so wichtig. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einem Mindestlohn von 12 Euro, und zwar noch in dieser Wahlperiode und nicht irgendwann. Mindestlohn und Fachkräftemangel stärken langfristig die Position von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Ostdeutschland.

Eigentlich ist es traurig, dass man heute über eine **Ostquote** reden muss, die Frauke Hildebrandt kürzlich gefordert hat. Denn nur 1,7 Prozent der Spitzenpositionen sind bei 17 Prozent Bevölkerungsanteil von Ostdeutschen besetzt. Dass es nach Eignung und Leistung geht ohne Ansehen der Herkunft, sollte eigentlich selbstverständlich sein. Wenn zusammengewachsen ist, was zusammengehört. Aber liebe Genossinnen und Genossen, das ist ja noch nicht mal innerhalb unserer Partei so. Solidarität gilt anscheinend nur für andere, aber wenn es um Machtpositionen geht, dann geben die mitgliederstarken Landesverbände nicht nach, wie die Diskussion um die solidarische Bundesliste für die Europawahl zeigt. Ich hoffe immer noch, dass es eine positive Lösung geben wird. Es ist diese Gesamtsituation, die zum **Projekt einer Ostkonferenz 60plus** im nächsten Juni/Juli in Magdeburg geführt hat. Da soll darüber gesprochen werden, welche speziellen Probleme es immer noch im Osten gibt und wie sie behoben werden können. Wie die Stärken des Ostens besser genutzt werden können. Wir müssen das selbstbewusst angehen. Es darf nicht das diffamierende Wort vom Jammer-Ossi scheinbar bestätigt

werden. Das würde uns nicht helfen. Gesundes

Selbstbewusstsein ist gefragt. Trotzdem muss festgestellt

werden, was schief gelaufen ist. Die Rentenangleichung Ost-West

dauert viel zu lange. Die Einkommensunterschiede sind immer

noch nicht ausgeglichen. Hier sind die Gewerkschaften gefordert.

Die in der DDR geschiedenen Frauen erhalten keinen

Versorgungsausgleich. Zwar steht dafür eine Fondslösung im

Koalitionsvertrag auf Bundesebene. Aber offenbar hakt es immer

noch. Einige Beispiele nur.

Nicht immer geht es um mehr Geld. **Gleichbehandlung** ist

vielmehr das Thema. Die Psychologie ist nicht zu unterschätzen. In

Berlin hat kürzlich eine **erste Gesprächsrunde** der

Landesvorsitzenden 60plus zum Projekt Ostkonferenz

stattgefunden. Wir wollen ein Zeichen setzen, indem alle LV 60plus

des Ostens mit der gleichen Teilnehmerzahl bei dieser Konferenz

vertreten sein sollen, unabhängig von Mitgliederzahlen. Die nächste

Sitzung dazu wird am 14. Dezember hier in Potsdam im RHH

stattfinden. Wir Ihr wohl auch haben wir erst durch den Vorwärts

erfahren, dass sich schon am 19. Oktober auch die SPD-

Landesvorsitzenden Ost zu einem Gipfel getroffen haben, bei dem es um die gleichen Themen ging.

Unter den sechs Landesvorsitzenden Ost der AG 60plus herrscht vertrauensvolle **Zusammenarbeit** wie auch im Rahmen des Bundesausschusses. Im Juli hatte ich mich schon mit meinem Kollegen aus Sachsen-Anhalt in Halle getroffen. Wir haben vor, gemeinsame Anträge für die Bundeskonferenz im nächsten Jahr in Köln zu verfassen. Die gute Zusammenarbeit gibt es auch mit dem Bundesvorstand. Ein Teil von Euch hat ja unseren Bundesvorsitzenden Lothar Binding im September hier im RHH erleben können.

Warum die Initiative von 60plus? Weil gerade unsere Mitglieder vom Umbruch besonders betroffen waren. Weil wir eine große AG mit rund 30 Prozent der Mitglieder und mit treuen Wählern sind. Weil uns die demographische Entwicklung weiter wachsen lässt. Bei der Bundestagswahl haben gemessen am Gesamtergebnis der SPD überdurchschnittlich viele Wählerinnen und Wähler über 60 das Kreuz bei uns gemacht, nämlich 24 Prozent. Mit Abstand die Wählergruppe mit dem besten Ergebnis. In Brandenburg haben wir

rund 40% Mitglieder in dieser Altersgruppe, jedoch **nur ein Bruchteil ist aktiv**. Zum Teil ist das dem Alter geschuldet oder der angegriffenen Gesundheit. Viele wählen uns offenbar trotz Mitgliedschaft nicht. Die müssen wir zurückholen.

Unsere Strukturen spiegeln nicht die Mitgliederzahl wider. Daher der Versuch der **Neugründungen von AG 60plus** auf der UB-Ebene. Im Barnim ist es im Frühjahr geglückt, in Potsdam-Mittelmark ist man dabei. Die 60plusser geben schließlich den Seniorinnen und Senioren in der SPD eine Stimme, um ihre besonderen Interessen wirkungsvoll zum Ausdruck zu bringen. Das gilt in Fragen der Rente, der Pflege, des bezahlbaren Wohnens im Alter und der Mobilität. Wir haben dabei auch die nachfolgenden Generationen im Blick: Jeder möchte, dass es den Kindern und Enkeln künftig genauso gut oder besser gehen wird. Deshalb engagieren wir uns für gute Bildung und Ausbildung, für wettbewerbsfähige Tariflöhne. Wir brauchen den Schulterschluss mit den Gewerkschaften, um zukünftig auskömmliche Renten zu sichern und Altersarmut zu verhindern. Wir engagieren uns

außerdem für den Umweltschutz, ohne den eine lebenswerte Zukunft nicht denkbar ist.

Wir müssen überzeugen durch unsere **Sozial- und Seniorenpolitik**. Das ist wohlgemerkt keine reine Politik für die ältere Generation. Davon profitieren die übrigen Altersgruppen genauso. Um z.B. ein Missverständnis bei der Pflege auszuräumen: Eine gute und bezahlbare Pflege der Eltern und Großeltern ist ebenso eine für Kinder und Enkel, die nicht zusätzlich zur Kasse gebeten werden, die sich auf die Einrichtungen verlassen können, die beruhigt sein können, dass ihre Angehörigen gut betreut werden. Sie können dann in Ruhe ihrer eigentlichen Beschäftigung nachgehen. Wir treten dafür ein, dass weiterhin die Brandenburger in Würde alt werden können, ganz gleich wo sie in unserem Land leben. Und dass Pflege bezahlbar bleibt. Und dass die Pflegekräfte über einen flächendeckenden Tarifvertrag angemessen bezahlt werden. Die SPD Brandenburg hat eine **Pflegekommission** eingerichtet, deren Bericht vorliegt. Zwei unserer Vorstandsmitglieder waren daran beteiligt, Sieglinde Heppener und Christian Jensen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Es wird demnächst von Dietmar Woidke und Anne Baaske, der

Kommissionsvorsitzenden, präsentiert werden. Aber damit ist die Arbeit noch nicht beendet, es bedarf der Lösungen für offene Fragen. Häufig liegt die Zuständigkeit auf Bundesebene. Da ist der Weg über den Bundesrat notwendig. Demo, die Zeitschrift der SGK, hat dankenswerter Weise in ihrer letzten Ausgabe die Pflege in den Mittelpunkt gerückt. Dabei hat sie vor allem die Aufgaben und Möglichkeiten der Kommunen beleuchtet. Alles sehr lesenswert und beachtenswert.

Vor diesem Hintergrund verstehe ich nicht, dass der Parteivorstand im WBH den Vorschlag abgelehnt hat, einen **AK Demographischer Wandel** zu gründen. Hier hätten querschnittlich viele Fragen behandelt werden können. Denn die Probleme und Herausforderungen werden wachsen. Schauen wir uns alleine die Prognose der Zunahme der zu Pflegenden für unser Land bis 2040 an und die unzureichenden personellen Ressourcen damit fertig zu werden. Bis 2040 brauchen wir in unserem Bundesland zusätzlich so viel Pflegepersonal wie heute in der Pflege arbeitet. Das bei gleichzeitig um 28 Prozent sinkendem Potenzial an Arbeitskräften. Schaut mal in die Pflegestatistik des MASGF.

Das Stadt-Land-Gefälle macht sich im ländlichen Raum in vielen Bereichen bemerkbar. Dazu haben wir auch für diesen Landesparteitag wieder einen Antrag verfasst. Es geht darum gleichwertige Lebensverhältnisse und die regionale Daseinsvorsorge sicher zu stellen. Schon im letzten Jahr hatten wir gefordert, die Aufnahme einer Gemeinschaftsaufgabe **Regionale Daseinsvorsorge** im Grundgesetz zu prüfen, weil strukturschwache Regionen zunehmend Probleme haben. Der Altenbericht der Bundesregierung hatte darauf hingewiesen. Bei der FES gibt es eine sehr interessante Ausarbeitung dazu. Es werden innovative Lösungen gebraucht, z.B. wie das Koordinierungs- und Beratungszentrum als zentrale Anlaufstelle für Patienten, Angehörige und interessierte Einwohner und Schwester agnes2, in Templin. Dies ist ein Modellversuch mit Finanzierung durch das Bundesgesundheitsministerium und die Krankenkassen. Templin ist dabei einer von drei Standorten bundesweit. Der SPD-Bürgermeister von Templin ist dankbar, über eine solche Dienstleistung in seinem Bereich zu verfügen. In der MAZ war gerade zu lesen, dass Fonds Zahnarztpraxen übernehmen, die

Ärzte dann nur noch angestellt sind. Mit den Weiterungen und möglichen negativen Folgen muss sich die Politik befassen.

Flächendeckende professionell hochwertige

Gesundheitsversorgung auch im ländlichen Raum ist ein zentrales Anliegen der älteren Generation. In diesem Bereich war die Brandenburgische SPD als Partei bisher nicht so gut aufgestellt, denn das zuständige Ressort der Landesregierung verantwortet die Linke. Hier hat der Landesvorstand am Montag mit dem Gründungsbeschluss der AG Gesundheit eine wichtige Entscheidung getroffen. In einer Mitgliederversammlung wird am 24.11. in Potsdam die Gründung vollzogen.

In den **Regionalkonferenzen** ist die flächendeckende Versorgung mit Dienstleistungen bei Gesundheit und Mobilität, um zwei herauszugreifen, bisher nicht ausreichend behandelt worden, weil Vertreter der besonders betroffenen Generation nicht in größerer Zahl vertreten waren, um mit den roten Klebepunkten ihre Präferenzen zu markieren.

Im ländlichen Raum kann man heute noch immer nicht auf das eigene Auto verzichten. Busse fahren zu selten, Abstände von zwei Stunden sind keine Ausnahme. Rufbusse in einigen Regionen sind Ansätze der Verbesserung, aber auch hier sind innovative Lösungen gefragt.

Seit Juni 2015 arbeitet die **Enquete-Kommission des Landtags** an dem Thema „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“. Am 7. März 2018 hat der Landtag zum Zwischenbericht der Kommission beschlossen, sich nicht aus den ländlichen Regionen zurückzuziehen. Es geht vor allem darum, wie das Land Brandenburg weiter an den Rahmenbedingungen für die Sicherung einer wirkungsvollen Daseinsvorsorge und die Gestaltung der ländlichen Räume arbeiten kann. Dieser Anspruch oder besser dieses Versprechen muss eingelöst werden. Es ist also angebracht, unsere Forderungen immer wieder zu stellen in der Hoffnung, dass sie Wirkung zeigen.

60plus hat mehrere Anträge zum Parteitag eingebracht, z.T. gemeinsam mit Selbst Aktiv oder den Jusos. Die **Zusammenarbeit unter den AGs** ist wichtig. Gemeinsam sind wir stark. In den nächsten zwei Jahren sollten wir das intensivieren. Gemeinsame Interessen auch mit AfA und queer erörtern und abstimmen.

Als Mitgliedsorganisation des Landessenorenrats machen wir uns für ein **Gesetz zur Seniorenmitwirkung** stark. Das gibt es schon in mehreren Bundesländern. Wir haben uns an dem von Meck-Pomm orientiert. Dem Landessenorenrat würde damit ein ganz anderer Status zuerkannt als er jetzt als e.V. hat. Außerdem müsste seine Arbeitsfähigkeit gestärkt werden. Das schließt eine ausreichende professionelle Büroausstattung ein mit up-to-date Bürokommunikation ein. Bisher sieht es da sehr mau aus.

Was wären manche Einrichtungen, was unsere Gesellschaft ohne die **Ehrenamtlichen** im Rentenalter. „Die Älteren bildeten das Rückgrat des Ehrenamtes“ hat der Bundespräsident im Mai anerkennend festgestellt. Sie arbeiten in Kitas, bei der Aufgabenbetreuung, in Seniorenheimen, mit Menschen mit

Behinderung und in Seniorenbeiräten. Dafür gebührt ihnen unser aller Dank.

Auch 2019 wird es einen **Aktionstag** von 60plus geben. Ob mit Europabezug, denn er wird im Vorfeld der Wahlen stattfinden, muss erst noch entschieden werden. Es müsste uns gelingen, die persönlichen Bedürfnisse und Erwartungen der älteren Menschen als Europa-Thema zu etablieren, und dafür Lösungen anbieten, die in den Mitgliedsstaaten bis hinunter zur Kommune Wirkung entfalten. Möglicherweise eine unrealistische Wunschvorstellung - oder?

Liebe Genossinnen und Genossen, der Köder muss dem Fisch und nicht dem Angler schmecken, sagt ein Sprichwort. Dieses Erkenntnis vermisst ich etwas in den **internen Debatten** unserer Partei. Wir sind keine Selbsterfahrungsgruppe sondern eine Organisation, die mit ihren Programmen und anschließenden Taten die Menschen überzeugen und ihr Leben verbessern will, ihnen Gerechtigkeit widerfahren lassen will, soweit das möglich ist.

Jetzt geht es vor allem darum, die Kräfte zu mobilisieren und zu bündeln für die große politische Auseinandersetzung des kommenden Jahres. Es geht darum, unsere Demokratie und sozialen Errungenschaften gegen Verunglimpfungen und Angriffe von rechts und rechts außen zu verteidigen. Nehmen wir uns das Ergebnis der OB-Wahl hier in Potsdam als Beispiel und Ansporn. Es geht darum, einen Beitrag dazu zu leisten, dass unser so erfolgreiches Brandenburg weiter seinen Weg verfolgen kann. Dazu wollen wir alle beitragen.